

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 58 (1966)
Heft: 2

Artikel: Französische Gewerkschaften auf neuen Bahnen
Autor: Dutrieux, Léon
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354217>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Französische Gewerkschaften auf neuen Bahnen

Seit bald zwei Jahren bahnt sich in Frankreich eine vielversprechende Wandlung in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften an, die bisher in der deutschen Schweiz fast unbeachtet geblieben ist. Nachstehend geben wir die Uebersetzung eines Artikels von *Léon Dutrieux* wieder, der im «*Ordre professionnel*», dem Organ des genferischen Arbeitgeberverbandes, erschienen ist und den Kollege Jean Möri bereits in der Dezember-Nummer der «*Revue syndicale*» nachgedruckt hat. Es scheint uns, die sich vollziehenden Wandlungen in den Beziehungen der französischen Sozialpartner sollten auch in der deutschen Schweiz aufmerksam verfolgt werden. Sie werden viele von uns mit Genugtuung erfüllen, sind sie doch die Bestätigung eines Weges, den wir seit Jahrzehnten gehen, und einer Politik, die bei uns Früchte getragen hat.

Redaktion «Rundschau».

Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund (*Confédération générale du Travail CGT*) kommunistischer Observanz fordert eine Begegnung mit dem französischen Arbeitgeberverband. Seit mehreren Monaten werden die Gewerkschaftszentrale «*Force ouvrière FO*», der dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften IBFG angeschlossene Gewerkschaftsbund, und die Allgemeine Kadergewerkschaft (*Confédération générale des cadres CGC*) vom Nationalrat des französischen Arbeitgeberverbandes (*Conseil national du patronat français CNPF*), dem obersten Organ der französischen Arbeitgeber, empfangen, und zum zweiten Mal innert zweier Monate haben sich Vertreter des Französischen Demokratischen Gewerkschaftsbundes (*Confédération démocratique du travail CFTD* – der ehemalige christliche Gewerkschaftsbund Frankreichs) an den Sitz dieses Arbeitgeberorganismus begeben. Wie hat sich diese Umkehr in der bisherigen Haltung, sowohl bei den genannten Gewerkschaften wie bei den Arbeitgebern, vollzogen? Was bedeutet dieser Drang (*cette ruée*) der Arbeitergewerkschaften zum kleinen Türchen (*au portillon*) des CNPF? Gibt es da eine *gemeinsame* Sicht *aller* Gewerkschaften?

Der Paritarismus:

mit den Arbeitgebern diskutieren, verhandeln, abmachen, verwalten

Der Mann, der seit langem die Notwendigkeit, die Nützlichkeit und die Richtigkeit des Dialogs Arbeitgeber–Arbeitnehmer verfißt, ist der Generalsekretär der *Force ouvrière FO*, *André Bergeron*, der Nachfolger *Robert Bothereaus*, der seinerseits der Nachfolger *Léon Jouhaux* war. «Die gemeinsame, paritätische Politik ist die schwerste, aber auch die einzig mögliche», versicherte er. Aber was meint er damit? Der Ausdruck Paritarismus bedeutet den Willen zur Zwiesprache und zur Aufrechterhaltung ständiger Kontakte

zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmergewerkschaften¹. «Force ouvrière will in den öffentlichen, in den nationalisierten und in den privaten Unternehmungen diskutieren, verhandeln und vereinbaren», präzisierte FO am 25. November 1964. Paritarismus bedeutet aber ebenfalls die gemeinsame Führung und Verwaltung von gemeinsam interessierenden Einrichtungen, wie denjenigen für die ergänzenden Pensionen und Altersrenten (Association des régimes de retraites complémentaires ARRCO) und der Arbeitslosenversicherung (Union nationale pour l'emploi dans l'industrie et le commerce UNEDIC), die durch Verträge geschaffen wurden.

Diese Schätzung des Dialogs und des Wertes der Verträge widerspiegelt eine besondere Auffassung in bezug auf das ganze wirtschaftliche und soziale Leben. Für die Mitglieder der FO stellt die Möglichkeit zu diskutieren, die Arbeitsbedingungen und die Löhne auszuhandeln und zu vereinbaren, eines der maßgebenden Kriterien der Freiheit und der Demokratie dar. Es ist für sie ein geeignetes Verfahren, die Bedingungen des Arbeitslebens durch ständige Reformen zu verbessern und führt zur Unterzeichnung von Kollektivverträgen, die durch FO als ein «dauerndes Element der Beschleunigung des sozialen Fortschritts» charakterisiert werden. Sich zu dieser Politik zu bekennen, heißt die Wohltat des Reformismus und die Ueberholtheit (le caractère démodé) gewisser Formen der antikapitalistischen Aktion anerkennen. So hat der Generalsekretär des französischen Transportarbeiterverbandes sagen können: «Wir predigen keine großen Umstürze mehr.» Der durch die FO vertretene Syndikalismus will sich vor allem als aufbauend, konstruktiv verstanden wissen.

Ein persönlicher Erfolg André Bergerons

Man wird deshalb ohne weiteres verstehen, daß die kommunistische CGT, die immer noch dem Klassenkampf verschrieben ist, diese Politik der Zusammenarbeit nicht billigt oder ihr wenigstens einen anderen Sinn gibt. Der demokratische (früher christliche) Gewerkschaftsbund CFDT, der nach wirtschaftlicher Machtstellung strebt, nimmt eher eine unschlüssige, zögernde Haltung ein, trotz-

¹ In französischer Sprache hat der Ausdruck Syndicats – Gewerkschaften – eine umfassendere Bedeutung als im Deutschen. In den meisten französisch-deutschen Wörterbüchern wird er mit Genossenschaft, Konsortium, Gewerkschaft, Berufsverband, erklärt. So nennen sich denn auch in Frankreich, und zum Teil auch in der welschen Schweiz, die verschiedensten wirtschaftlichen Verbände Gewerkschaften: Syndicat agricole = Landwirtschaftliche Genossenschaft, Syndicat d'initiative = Verkehrsverein usw. Bei den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden muß unterschieden werden zwischen Syndicat patronal = Arbeitgeber(Gewerkschaft)-Verband, Syndicat ouvrier = Arbeitnehmergewerkschaft.

dem die Zentrale des Herrn Descamps in Erinnerung ruft, daß sie 1961, 1963 und 1964 verschiedene Briefe an den Arbeitgeberverband gerichtet habe, in denen die Aufnahme von Verhandlungen verlangt worden sei. Man muß aber wissen, daß der Nationalrat des Arbeitgeberverbandes in jener Zeit, obwohl er schon damals für den Dialog mit den Gewerkschaften eintrat, seine Hände nicht ganz frei hatte und nur eine sehr schmale Manövrierfähigkeit besaß. Für die beiden Zentralen CGT und CFDT ist die gemeinsame, paritäre Politik der Arbeitgeberverbände und der Arbeitergewerkschaften nicht das Hauptziel. Nach ihrer Auffassung kann die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nur um den Preis ständiger und unaufhörlicher Kämpfe erreicht werden. Dies war jedenfalls bis vor kurzem ihr Standpunkt.

Seit einigen Monaten haben sich aber die Dinge geändert. Im Januar 1965 hat die CGT dem CNPF geschrieben, um eine Zusammenkunft zu verlangen; die Forderung ist ohne Echo geblieben. Die CFDT hat ihrerseits beim CNPF eine Begegnung gefordert und hat sie im Juli 1965 erreicht. Eine neue Aussprache hat im September stattgefunden.

Was war passiert? In der Zwischenzeit ist die Vereinbarung zwischen dem Nationalrat des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaft FO über die vierte bezahlte Ferienwoche zustande gekommen, und es sind weitere Vereinbarungen zwischen den beiden Sozialpartnern über die ergänzenden Altersrenten, über vertragliche Reformen in bezug auf die Teilarbeitslosen-Entschädigungen und über die Revision der garantierten Mindestlöhne in Aussicht genommen worden. Das sind die ersten Erfolge der paritätischen Zusammenarbeit. Das Hauptverdienst daran kommt André Bergeron zu, der sofort nach seiner Wahl zum Generalsekretär der FO im Jahre 1963 einen Appell zur Zusammenarbeit an den Arbeitgeberverband gerichtet hatte. Seither haben regelmäßige Zusammenkünfte der beiden Partner stattgefunden. Noch vor einem Jahr hatten sich die Chefs der anderen Gewerkschaftszentralen über den «Herrn Vorzimmer» lustig gemacht. Im Juni aber waren sie beeindruckt durch den persönlichen Erfolg André Bergerons. Heute treten sie sich gegenseitig auf die Absätze, um sich ihm in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern anschließen zu dürfen.

Gereizte CGT

Die kommunistische CGT, vom Arbeitgeberverband bisher zurückgewiesen, erklärt übellaunig, Verhandlungen in ihrer Abwesenheit könnten nicht unter der Etikette des Paritarismus geführt werden. Sie behauptet – und zwar zu Recht – sie sei die größte Gewerkschaftsorganisation und sie allein habe das Terrain zu bestimmen, auf dem die sozialen Kämpfe und Auseinandersetzungen zu führen

seien. Ihrer tatsächlichen Schwäche aber sehr wohl bewußt (kaum zwei Millionen Mitglieder) anerkennt sie offen die Inopportunität von Großaktionen. Für den Moment, erklärt sie, könnten nur Teilstreiks in Frage kommen; das Dringendste sei heute eine andere Kampagne . . . , diejenige der Mitgliederwerbung.

Die CFDT: «Wir sind keine Streikfabrikanten.»

Die demokratische, früher christliche Gewerkschaftszentrale, die sich revolutionär gibt und allgemeine Streiks befürwortet, hat nun ihrerseits die Vorzüge einer Politik der Zusammenarbeit entdeckt. «Wir sind keine Streikfabrikanten» (nous ne sommes pas des gréviculteurs) hat Herr Descamps, der Generalsekretär der CFDT erklärt. «Der Streik ist natürlich eine wichtige Waffe des gewerkschaftlichen Kampfes. Aber er ist nicht die einzige². Unsere Organisationen wünschen zu verhandeln, aber nicht fertig präparierte Lösungen einzustecken (non entériner).» Die Dinge, über die die CFDT verhandeln will, sind weitgehend identisch mit den Verhandlungsgegenständen der FO: Arbeitszeit, ergänzende Altersrenten, Teilarbeitslosigkeit, Wohnungsproblem, berufliche Ausbildung. Diese Entwicklung der CFDT, obwohl sie noch Unsicherheit verrät, und die Haltung der CGT, erklären sich vor allem aus *strategischen* Ueberlegungen und sind nicht, wie bei der FO, die Frucht eines ideologischen Standortbezuges.

Die Auswirkungen des Stabilisierungsplanes (Entlassungen und Arbeitszeiteinschränkungen) und der Inflationsstopp dämpfen den Kampfwillen der Funktionäre und Vertrauensleute der Arbeitergewerkschaften. Der Mißerfolg des von der FO im Dezember 1964 ausgelösten allgemeinen Streiks in der Privatwirtschaft, der relative Mißerfolg des Streiks 1964/65 in den nationalisierten Industrien und derjenige des Streiks bei Peugeot im Frühjahr 1965 haben die Gewerkschaften zur Besinnung gebracht. Gewerkschafter haben zugegeben, daß sie sich der Haltung der Arbeitgeber gegenüber, die sich auf die Regierung stützen, in einem gewissen Gefühl der Ohnmacht befinden.

Diese Entwicklung bei den Gewerkschaften stellt ohne Zweifel eine Umkehr im sozialen Leben der Jahre 1965/66 in Aussicht. Ist sie das Signal einer wirklichen Hinwendung zur Zusammenarbeit und zum Paritarismus, wie das bereits schon einmal, im Jahre 1955, der Fall war? Das ist noch nicht sicher. Die Arbeitgeber sind einer Wiederaufnahme des Dialogs sicher gewogen und bereit, den Arbeit-

² Daß er auch in jedem Sinne und für jedermann die kostspieligste und gefährlichste ist und eigentlich die Ultimo ratio im Arbeitskampf sein müßte, wird offenbar noch nicht erkannt oder will jedenfalls nicht zugegeben werden. (Redaktion «Rundschau».)

nehmern Zugeständnisse zu machen, um tiefgreifende Störungen der Wirtschaft für den Zeitpunkt des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs zu vermeiden, der für nächstes Jahr (1966) erwartet wird. Aber der Nationalrat des Arbeitgeberverbandes hat keine volle Handlungsfreiheit. Zum großen Schaden der FO dirigiert *der Staat* die Wirtschaftspolitik des Landes, und er setzt jeden ihm möglichen Druck ein, um seine Politik durchzusetzen. In Tat und Wahrheit zeigt sich, daß die Gewerkschaften ihre Haltung noch mehr ändern müssen und daß sie die Diskussion in einen erneuerten Wirtschafts- und Sozialrat³ tragen müssen. Das stellt sie vor ein dornenvolles Problem: dasjenige des Gleichgewichts zwischen Beteiligung und Aktionsfreiheit, zwischen Forderung und Verantwortung.

Die jugoslawische Wirtschaftsreform:

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht mehr essen!

Wer zurzeit durch Jugoslawien reist, den wirtschaftlichen Alltag unter die Lupe nimmt und mit den Serben und Kroaten ins Gespräch kommt, kann sich anfänglich des Eindrucks nicht erwehren: Diese Wirtschaftsreform ist letzten Endes viel zu hart! Und man wundert sich, daß die jugoslawischen Ökonomen den Mut aufbrachten, eine derartige Reform – gespickt mit sozialen Härten – zum Kriterium der zukünftigen Wirtschaftspolitik des Landes zu machen. Die sozialen Nachteile für die werktätige Bevölkerung springen einem sofort ins Auge: Seit der Abwertung des Dinars ist das Preisniveau für jugoslawische Begriffe auf astronomische Höhen hinaufgeklettert! Die Löhne hingegen sind bis auf wenige Ausnahmen auf dem Stand zur Zeit der Abwertung stehen geblieben. Das jugoslawische Volk hat bis zur Stunde einen Kaufkraftverlust von rund 50 Prozent erlitten! Die Folgen sind denn auch nicht ausgeblieben, und sie haben die Wirtschaftskrise eher noch verschlimmert: Am 21. Oktober stellt die in Zagreb erscheinende größte Tageszeitung

³ Der französische Wirtschafts- und Sozialrat (Conseil économique et social) ist durch die Verfassung von 1964 als Frucht des im Landesrat der Widerstandsbewegung (Conseil national de la résistance) erarbeiteten Reformprogramms geschaffen worden. In diesem Wirtschaftsparlament hat *Léon Jouhaux*, der damalige Generalsekretär vorerst der CGT und nachher der CGTFO, eine bedeutende Rolle gespielt. Der Conseil scheint in der 5. Republik weitgehend lahmgelegt worden zu sein. (Redaktion «Rundschau.»)